

aej-Mitgliederversammlung 2014

Beschluss Nr.03/2014

Mut aufbringen - Frieden stiften Friedenspolitische Thesen der Evangelischen Jugend in Deutschland

Die Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Jugend in Deutschland (aej) hat im Jahr 2012 eine klare friedenspolitische Position bezogen. Aus der damaligen Mitgliederversammlung (aej-MV) initiiert, erarbeitete eine Expert(inn)engruppe umfangreiche, differenzierte und fundierte Orientierungen für eine friedensethische Praxis.

Als Konkretion dieser Orientierungen greift die aej-MV die 17 friedenspolitischen Thesen der Evangelischen Jugend Pfalz auf. Die aej-MV dankt der Evangelischen Jugend Pfalz für diese klaren und weit-sichtigen Thesen christlicher Friedensethik in einer Zeit drängendster Suche nach angemessenen Positionen für gesellschaftliches und weltpolitisches Handeln. Die aej-MV macht sich in engster Textan-lehnung diese 17 Thesen zu Eigen.

Die aej-MV regt ihre Mitglieder dazu an, in die Diskussion zu dem Themenfeld „Friedensethik und die Herausforderungen der Gegenwart“ aus christlicher Perspektive einzusteigen, bzw. diese anhand dieser Konkretionen vertieft zu führen.

Mut aufbringen - Frieden stiften

Friedenspolitische Thesen der Evangelischen Jugend in Deutschland

Arbeitsgemeinschaft
der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0
Fax: 0511 1215-299
E-Mail: info@aej-online.de

Diese 17 Thesen beschreiben die friedenspolitische Position der aej vor dem Hintergrund des konziliaren Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Die Thesen ermuntern zur praktischen Umsetzung der Inhalte in den Angeboten der aej und ihrer Mitglieder. Sie sind ein handlungsleitender Beitrag auf dem Weg zum Reformationsjubiläum im Jahr 2017.

Friedenspolitik...

1. ... bedeutet für uns Prävention vor Intervention, militärische Konfliktlösungsversuche führen langfristig nicht zu Lösungen.

Prävention wird übersetzt mit Vorbeugung. „Vorbeugende Diplomatie bezeichnet Maßnahmen mit dem Ziel, das Entstehen von Streitigkeiten zwischen einzelnen Parteien zu verhüten, die Eskalation bestehender Streitigkeiten zu Konflikten zu verhindern und, sofern es dazu kommen sollte, diese einzugrenzen“¹

Militärische Konfliktlösungsversuche beschleunigen die Gewaltspirale.

2. ... bedeutet für uns globale Abrüstung und eine deutlich stärkere Kontrolle von Waffenexporten.

„Abrüstung bezeichnet alle Maßnahmen, die geeignet sind, die vorhandenen militärischen Machtmittel (Soldaten, Waffen, Ausrüstung) zu kontrollieren (Rüstungskontrolle) und teilweise bzw. vollständig abzuschaffen (Abrüstung i. e. S.), um damit zur Verminderung der internationalen Kriegsgefahr bzw. zur Verhinderung militärischer Konflikte beizutragen“.²

3. ... bedeutet für uns, nachzudenken und zu debattieren, ob es eine christlich begründete Ethik rechtserhaltender Gewalt geben kann

¹ Vgl. Agenda für den Frieden, UNO 1992

² Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon 5., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2011

Wir sehen uns in der Tradition mit Dietrich Bonhoeffer, Martin Luther King jr. und Nelson Mandela, die gerungen haben, ob und wie Gewalt gegen menschenverachtende Regime einsetzbar ist oder nicht.

4. ... ist Friedensbildung und fängt schon im Kindesalter an.

In Streitschlichterprogrammen, durch Konfliktlösungsmodelle, in Beteiligungsprojekten und Mediationsangeboten sehen wir wesentliche Grundvoraussetzungen dafür.

5. ... bedeutet für uns, aus der Geschichte zu lernen.

Wir setzen uns vor allem mit der deutschen Geschichte, insbesondere der Aufarbeitung des Nationalsozialismus, seiner Entstehung und seiner Auswirkungen auseinander; frei von Diskussionen über die Schuldfrage der jungen Generationen.

6. ... bedeutet für uns, klare Position gegen menschenverachtendes Verhalten, wie zum Beispiel Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus zu zeigen.

„Als Christinnen und Christen beziehen wir klar zu rechtsextremen Verstößen Stellung, denn sie fordern uns und unser christliches Menschenbild heraus. [...] Es hat kein Mensch das Recht, sich über den anderen zu stellen. Jeder Mensch hat die unverfügbare gottgegebene Würde. Alle Ideologien und Haltungen, die Menschen diesen Wert und diese Würde aberkennen, lassen sich mit dem christlichen Glauben nicht vereinbaren“³. „Rechtsextremismus wird oft als gesellschaftliches Randphänomen betrachtet. Für die zunehmende Menschenverachtung in der sogenannten Mitte der Gesellschaft, die sich in Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit und andere autoritäre Einstellungen erstreckt, greift der Extremismusbegriff zu kurz“ (Vgl. Positionspapier des Landesjugendring Rheinland-Pfalz: Bildung ist keine Aufgabe des Verfassungsschutzes, 2013).

³ Beschluss 6/2009 der aeJ-Mitgliederversammlung: Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus – nicht bei uns!, S. 1
aeJ-Mitgliederversammlung 2014 · Beschluss 03/2014

7. ... sieht keine einseitig werbenden Informationsveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen vor.

Unseres Erachtens sind ausschließlich Infoveranstaltungen vertretbar, bei denen sowohl Vertreterinnen und Vertreter der Bundeswehr als auch ziviler Friedensorganisationen, ausgestattet mit den gleichen Voraussetzungen, über ihre Arbeit informieren können. Der Einsatz der Bundeswehr an Schulen bringt eine einseitige Ausrichtung friedensethischer Diskussion an Schulen auf die Sicherheitspolitik mit sich. Im Rahmen der politischen Bildung müssen die Grundprinzipien der Pluralität, der Lebensweltorientierung und des Verbotes der Indoktrination gewährleistet sein. Mit Entsetzen nehmen wir zur Kenntnis, dass allein im Jahr 2013 1032 siebzehnjährige rekrutiert wurden.⁴

8. ... zeigt sich in einer solidarischen Flüchtlings- und Asylpolitik in Deutschland und in der EU, die geprägt sein muss von einer Willkommenshaltung und Bildungschancen für alle.

Wir greifen den Beschluss 7 der aej-MV 2013 auf:

- „Die südlichen Länder sind mit den durch regionale Krisen entstehenden Fluchtbewegungen alleine gelassen. Zu deren Entlastung fordern wir die deutsche Bundesregierung dazu auf, sich für die Reform der Dublin-Abkommen (ein einziger Mitgliedstaat ist für die Prüfung eines Asylantrags zuständig) einzusetzen.
- Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, deutlich mehr Geflüchtete unabhängig vom Einreiseland aufzunehmen. Es soll darauf hingewirkt werden, dass Geflüchtete in allen europäischen Ländern gerecht unter Einbezug ihrer Wünsche willkommen geheißen werden.
- Wir fordern, dass insbesondere minderjährige Geflüchtete dem Kindeswohl angemessen betreut und bestmöglich unterstützt werden“⁵

⁴ www.n-tv.de, 24. Januar 2014

⁵ Beschluss 7/2013 der aej-Mitgliederversammlung: Aufnahme von Geflüchteten solidarisch gestalten

9. ... bedeutet für uns Versöhnung.

Dies manifestiert sich unter anderem:

- in Begegnung und Kommunikation zwischen den Menschen,
- zwischen Nationen, wie am Beispiel der ehemaligen „Erzfeinde“ Frankreich und Deutschland zu sehen,
- in internationaler Begegnungsarbeit als einem Schlüssel für die Verständigung zwischen den Kulturen.

10. ... bedeutet für uns die Anerkennung der Vielfalt der Kulturen und Religionen.

Wir greifenden Beschluss 4 der aej-Mitgliederversammlung 2013 auf. Dort wird formuliert: „Vielfalt zu leben ist nach Überzeugung der aej nur in einer gerechten, demokratischen und von Teilhabe geprägten Gesellschaft möglich. Verschiedenste (die) Lebenschancen einschränkende Strukturen und Mechanismen, Stereotypen gegenüber dem vermeintlich Fremden und diskriminierende und ausgrenzende Faktoren unter denen Menschen leiden, stellen die Evangelische Jugend vor die Herausforderung, einerseits Vielfalt neu zu denken und andererseits die Voraussetzungen für ihre Realisierung zu schaffen“⁶.

11. ... bedeutet für uns die Achtung der Menschenrechte, insbesondere fordern wir eine vollständige Umsetzung der Rechte von Kindern und Jugendlichen.

„Menschenrechte sind die angeborenen unveräußerlichen Rechte eines jeden Menschen, die die moralische und rechtliche Basis der Menschheit bilden. Sie sind vor- und überstaatlich, d. h. höher gestellt als die Rechte des Staates“⁷. In den 1930er Jahren war Janusz Korczak einer der Ersten, der Kinderrechte formulierte. Obwohl heute Beschluss 7/2013 der aej-Mitgliederversammlung: Aufnahme von

⁶ Beschluss 4/2013 der aej-Mitgliederversammlung: Vielfalt neu denken und stärken - Grundlagen eines demokratischen Zusammenlebens in einer gerechten Gesellschaft

⁷ Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 5., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2011

Geflüchteten solidarisch gestalten die Rechte der Kinder und Jugendlichen durch die UN-Kinderrechtskonvention festgeschrieben sind, mangelt es an ihrer Umsetzung weltweit.

12. ... vereint für uns Dialog und Transparenz.

Das heißt für uns, aufeinander zuzugehen, andere demokratische Meinungen zu akzeptieren, eigene Positionen zu haben und diese offen zu legen.

13. ... drückt sich aus in einer Gesellschaft, in der es sozial gerecht zugeht.

Soziale Gerechtigkeit setzt sich zusammen aus der Verteilungsgerechtigkeit und der Chancengerechtigkeit. Wir müssen die Verbindung zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen, sowie Bildungsbeteiligung endlich aufbrechen. Zusätzlich brauchen junge Menschen sowohl Unterstützung beim Berufseinstieg als auch beim Übergang in die Arbeitswelt.

14. ... zeigt sich in einer demokratischen Gesellschaft, in der Verantwortung geteilt und wahrgenommen wird.

Die Evangelische Jugendarbeit hat auch den Auftrag zur Demokratiebildung. Der § 11 (1) SGB VIII weist der Jugendarbeit die Aufgabe zu, junge Menschen durch partizipative Angebotsformen zur Selbstbestimmung, gesellschaftlichen Mitbestimmung und zum sozialen Engagement zu befähigen.

15. ... ist wirksam, wenn kein Mensch hungern muss und alle Kinder spielen können.

Das wird für uns Wirklichkeit, wenn Kindheit als Schutzraum wahrgenommen wird. Vor allem Kinder leiden unter den Auswirkungen kriegerischer Auseinandersetzungen. Spielende Kinder, die nicht hungern müssen, sind ein Symbol für Frieden.

16. ... bedeutet für uns eine Gleichstellung und Gleichbehandlung aller Menschen im Sinne von Art. 3 GG, ungeachtet ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identitäten.

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“⁸. Die aej unterstützt die Initiativen für Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt der Lebensformen und sexuellen und geschlechtlichen Identitäten.

17. ... bedeutet für uns, die Schöpfung zu bewahren.

„Gott hat uns nur eine Erde gegeben und es ist unsere Aufgabe, damit sorgsam umzugehen und sie auch für zukünftige Generationen zu erhalten“⁹. (aus Evangelische Jugend Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz)

Wir lassen uns in unseren Thesen vom christlichen Menschenbild leiten. Wir hören auf die Worte Jesu aus dem Johannes-Evangelium (Joh. 14, 27) „Den Frieden lasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch. Nicht gebe ich euch, wie die Welt gibt. Euer Herz erschrecke nicht und fürchte sich nicht“. Geleitet vom Bild der Kinder der Freiheit und den Worten der Bergpredigt „Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen“ (Mt. 5,9) ermutigen uns diese Thesen für den Frieden Gottes in dieser Welt einzutreten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einigen Enthaltungen

⁸ Artikel 3 (3) Grundgesetz

⁹ Homepage der Evangelischen Jugend in Berlin, Brandenburg, schlesische Oberlausitz (EJBO) <http://www.ejbo.de/node/40>
aej-Mitgliederversammlung 2014 · Beschluss 03/2014